

13. Wahlbeteiligung

Markus Steinbrecher

1. Zur Entwicklung der Forschung zur Wahlbeteiligung

Wahlen sind der Kern von Demokratien. Nach Wahlen steht aber stets im Vordergrund, welche Partei oder welcher Kandidat die Wahl gewonnen hat, welche Stimmenanteile und wie viele Mandate errungen wurden und welche Koalition aufgrund des Wahlergebnisses gebildet werden kann. Die Wahlbeteiligung findet bei Politikern, Medien und Öffentlichkeit vor allem dann Beachtung, wenn sie im Vergleich zur vorangehenden Wahl gesunken ist. Diese nachrangige Bedeutung spiegelt sich auch in der Entwicklung der deutschen Forschung zur Wahlbeteiligung wider. Mit wenigen Ausnahmen (z.B. Radtke 1972; Schoof 1980; Steiner 1969; Wernicke 1976) haben erst das abnehmende Partizipationsniveau auf allen Ebenen des politischen Systems sowie die großen Beteiligungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nach der Deutschen Einheit in den 1990er Jahren (z.B. Eilfort 1994; Falter und Schumann 1994; Feist 1994; Kleinhenz 1995) und ab der zweiten Hälfte der 2000er Jahre (z.B. Schäfer 2015; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007) zu einer größeren Forschungskonjunktur geführt. International hat sich die Wahl- und Partizipationsforschung in mehreren Wellen mit der Wahlbeteiligung auseinandergesetzt. Erste Studien sind für die 1920er und 1930er Jahre zu verzeichnen (z.B. Gosnell 1927; Tingsten 1937). In den 1950er und 1960er konzentrierte sich die Partizipationsforschung auf Wahlen und elektorale Aktivitäten (z.B. Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell u. a. 1960; Lane 1961; Milbrath 1965). Auch seit den 1970er Jahren sind einige große Wahlbeteiligungsstudien veröffentlicht worden (z.B. Norris 2002; Rosenstone und Hansen 1993; Wolfinger und Rosenstone 1980). Insgesamt hat sich international seit dem Jahr 2000 die Zahl der im *Web of Science* eingetragenen Artikel zur Wahlbeteiligung etwa vervierfacht (Cancela und Geys 2016).

Angesichts der empirischen und demokratietheoretischen Relevanz der Höhe und Struktur der Wahlbeteiligung ist die langjährige Vernachlässigung in der (deutschen) Wahlforschung überraschend. Wahlen sind die einzigen Gelegenheiten, anlässlich derer sich eine Mehrheit der Staatsbürger politisch regelmäßig einbringt. Alle anderen Beteiligungsarten sind Minderheitenphänomene und stark von situativen Faktoren geprägt.

Auch normativ spricht vieles für eine ausführlichere Beschäftigung von Forschung und demokratischer Öffentlichkeit mit der Wahlbeteiligung. Folgt man klassischen bzw. partizipatorischen Demokratietheorien, so ist eine möglichst hohe Partizipationsrate, am besten sogar die Teilnahme aller Wahlberechtigten, notwendig, da nur so die Interessen und Präferenzen der Staatsbürger in den politischen Prozess eingebracht werden können. Hier erfolgt also im Sinne der Systemtheorie eine klare Betonung der *inputs* des politischen Systems (Easton 1965; Scharpf 1975: 21ff.). Ist die Wahlbeteiligung niedrig oder nimmt sie ab, so ist dies als Krisensymptom zu interpretieren und führt zu einer Verzerrung des Bürgerwillens. Moderne bzw. funktionale Demokratietheorien vertreten im Gegensatz dazu die Position, dass Wahlen vor allem ein Instrument sind, um Abgeordnete zu bestellen, die politische Entscheidungen fällen. Auf die Höhe der Beteiligung kommt es nicht an. Damit legen diese Ansätze den Schwerpunkt auf die *outputs* des politischen Systems (Easton 1965; Scharpf 1975: 21ff.). Es ist sogar wünschenswert, wenn sich nur diejenigen beteiligen, die sich für Politik interessieren und politische

Zusammenhänge verstehen. Aus dieser Perspektive kann es dysfunktional sein oder sogar als politische Krise interpretiert werden, wenn zu viele Bürger an einer Wahl teilnehmen. Als historisches Beispiel gilt hier die Endphase der Weimarer Republik, wo der wachsende Erfolg der NSDAP (und der KPD) mit einem Anstieg der Wahlbeteiligung einherging. Wie die späteren Ausführungen zeigen werden, entspricht die empirische Realität eher der zweiten Position.

2. Konzeptualisierung und Messung der Wahlbeteiligung

Die grundsätzlichen Vorteile dieses Forschungszweiges im Vergleich zu in den anderen Kapiteln behandelten Themen sind, 1) dass aufgrund der frühzeitigen Festlegung von Wahlterminen und der – außer im Fall von vorzeitigen Parlamentsauflösungen – Regelmäßigkeit der Durchführung von Wahlen klar feststeht, wann, wo und wie das zu beobachtende Verhalten auftreten wird. Dies erleichtert die Forschung zur Wahlbeteiligung erheblich. 2) Es sind objektive Daten zur Wahlbeteiligung der Bürger vorhanden, und man ist nicht allein auf deren subjektive Angaben aus Umfragen angewiesen. Zum einen gibt es amtliche Statistiken auf verschiedenen Aggregationsebenen vom Wahllokal bis auf die nationale Ebene, die auf den Auszählungen in den Wahllokalen basieren und daher sehr genau sind. In manchen Ländern wie den USA, Schweden oder Finnland sind auch individuelle Informationen aus den Wählerregistern erhältlich, so dass für jeden Wahlberechtigten bekannt ist, ob er an einer Wahl teilgenommen hat oder nicht. In Deutschland sind diese Angaben aufgrund des Datenschutzes nicht verfügbar. Lediglich Michael Eilfort (1994) ist es in den 1990er Jahren gelungen, durch eine Kooperation mit der Stadt Stuttgart validierte Angaben zur Wahlbeteiligung (in Stuttgart) zu erhalten. Deutschland verfügt aber mit der Repräsentativen Wahlstatistik über eine weitere Möglichkeit, die Wahlbeteiligung bestimmter soziodemographischer Gruppen (Geschlecht, Alter, Bundesland) sehr genau zu erfassen. So ergibt sich beispielsweise auf Basis der Ergebnisse in den repräsentativ ausgewählten Wahllokalen für die Bundestagswahl 2013 eine Wahlbeteiligung von 72,4 Prozent (Bundeswahlleiter 2014: 11). Die wirkliche Wahlbeteiligungsquote in Deutschland von 71,5 Prozent wird so bei dieser Wahl lediglich um 0,9 Prozentpunkte überschätzt.

Zum anderen besteht die Möglichkeit, Angaben der Wahlberechtigten aus Umfragen zu verwenden. In Umfragen werden grundsätzlich zwei Instrumente zur Erhebung der Wahlbeteiligung genutzt, die Wahlbeteiligungsabsicht (für eine anstehende Wahl) und die Rückerinnerung (an eine zurückliegende Wahl). In neueren Vorwahlumfragen wird die Wahlbeteiligungsabsicht in der Regel mit einer mehrstufigen Skala abgefragt. Die Befragten können so die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme angeben. In Deutschland hat sich in den Bundestagswahlstudien der letzten Jahrzehnte eine fünfstufige Skala etabliert. Zwischen den Studien variieren im Zeitverlauf lediglich der genaue Fragetext und die Benennung der Antwortausprägungen. Im Querschnitt der GLES (*German Longitudinal Election Study*; Rattinger u. a. 2014) zur Bundestagswahl 2013 wurde die Wahlabsicht wie folgt abgefragt:

„Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte anhand der Liste, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen. 1) bestimmt zur Wahl gehen, 2) wahrscheinlich zur Wahl gehen, 3) vielleicht zur Wahl gehen, 4) wahrscheinlich nicht zur Wahl gehen, 5) bestimmt nicht zur Wahl gehen, 6) habe bereits per Briefwahl meine Stimme abgegeben.“

In der Nachwahlbefragung dieser GLES-Komponente lautete der Fragetext zur Erhebung der Rückerinnerung folgendermaßen:

„Bei der Bundestagswahl am 22. September kamen viele Bürger nicht dazu, ihre Stimme abzugeben oder nahmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Wie war es bei Ihnen: Haben Sie gewählt oder haben Sie nicht gewählt? 1) ja, habe gewählt, 2) nein, habe nicht gewählt.“

Der längere einleitende Text soll Nichtwähler dazu bringen, sich zu ihrer Nichtwahl zu bekennen und so die in Umfragen übliche Überschätzung der Wahlbeteiligung, das sogenannte *overreporting*, zu verringern. Dieses liegt bei Nachwahlbefragungen für nationale Parlamentswahlen im Mittel bei 13 Prozentpunkten, kann in Einzelfällen aber deutlich höhere Werte erreichen (Selb und Munzert 2013; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 115ff.). Im Querschnitt der GLES zur Bundestagswahl 2013 ergibt sich beispielsweise für den Nachwahlquerschnitt ein Wert von 11,9 Prozentpunkten.

Verhindern lässt sich diese Überschätzung nicht, so dass Informationen zur Wahlbeteiligung, wie alle Messungen mit Umfragedaten, mit einer gewissen Ungenauigkeit behaftet sind. Wesentliche Ursachen für *overreporting* sind 1) die Unaufrichtigkeit der Nichtwähler, die aufgrund sozialer Erwünschtheit und der weithin vorherrschenden Wahlnorm eine Nichtteilnahme nicht zugeben möchten, 2) das mangelnde Erinnerungsvermögen oder die falsche Erinnerung der Befragten. Mit wachsendem zeitlichem Abstand zwischen Befragung und Wahl wird diese bzw. dieses schlechter. Im Fall der Wahlabsicht besteht zudem die Möglichkeit, dass trotz vorhandenen Willens zur Stimmabgabe doch keine Wahlteilnahme erfolgt. 3) Die Nichterreichbarkeit und mangelnde Teilnahmebereitschaft von Nichtwählern an Umfragen und 4) die Antwortverweigerung mit Verweis auf das Wahlgeheimnis. Zudem besteht 5) die Möglichkeit von Fehlern in den Wählerregistern (z.B. aufgrund von Umzügen, nicht erfolgten Abmeldungen oder Todesfällen), so dass die Zahl der tatsächlichen nicht mit der registrierten Wahlberechtigten übereinstimmt (ausführlicher z.B. Eilfort 1994: 87ff.; Holbrook und Krosnick 2010; Kleinhenz 1995: 73ff.).

Studien aus Ländern, in denen die Validierung der individuellen Wahlbeteiligung mit Angaben aus den Wählerregistern möglich ist, zeigen, dass etwa 20 bis 30 Prozent der Nichtwähler falsche Angaben machen (Eilfort 1994; Granberg und Holmberg 1991; Jones 2008; Sigelman 1982; Silver, Anderson und Abramson 1986). Zur Verminderung des *overreporting* sind in den letzten Jahren zahlreiche Studien und Feldexperimente durchgeführt worden. Dabei wurden etwa Änderungen an der Fragestellung, der Frageführung und der kontextuellen Einordnung getestet sowie Korrekturmechanismen entwickelt (z.B. Holbrook und Krosnick 2013; Sciarini und Goldberg 2016; Zeglovits und Kritzingler 2014). Abgesehen von der in wenigen Ländern bestehenden Möglichkeit der Validierung mit Informationen aus den Wählerregistern ist es insgesamt nicht gelungen, die Überschätzung der Wahlbeteiligung substanziell zu verringern. Es ist davon auszugehen, dass *overreporting* sich auf bivariate Zusammenhänge und multivariate Erklärungsmodelle der Wahlbeteiligung auswirkt und zu Verzerrungen der berichteten Ergebnisse führt (für entgegengesetzte Befunde: Persson und Solevid 2014). Dies gilt umso mehr, als Studien zur Erklärung der Überschätzung zeigen, dass vor allem diejenigen Gruppen zu Falschauskünften hinsichtlich ihrer (Nicht-)Beteiligung neigen, die sonst eine höhere Bereitschaft zur Wahlbeteiligung aufweisen, z.B. Personen mit höherer Bildung, stärkerer Parteibindung oder größerem Interesse an Politik (Eilfort 1994; Granberg und Holmberg 1991; Steiner 1969). In den letzten Jahren hat es verstärkte Bemühungen gegeben, das Problem der Über-

schätzung durch spezielle Befragungen von Nichtwählern anzugehen (z.B. Güllner 2013; Neu 2012).

3. Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland zwischen 1946 und 2016

Dank der offiziellen Wahlstatistiken liegen vollständige Zeitreihen zur Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland vor. Abbildung 1 zeigt den Verlauf der Wahlbeteiligung bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen zwischen 1946 und 2016. Für die Landtagswahlen wurde der Mittelwert über alle Wahlen innerhalb eines Jahres verwendet. Durch diese Vorgehensweise gehen die (teilweise deutlichen) Unterschiede zwischen den Bundesländern verloren (ausführlicher zu regionalen Variationen Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007). Dennoch spiegelt sich im Verlauf die regelmäßige Wiederkehr von Wahlen in bestimmten Bundesländern mit hoher (z.B. Hessen) und niedriger Beteiligung (z.B. die ostdeutschen Bundesländer) durch die stärkeren kurzfristigen Ausschläge nach oben und unten wider. Blickt man zuerst auf die Höhe der Wahlbeteiligung auf den drei Wahlebenen, sieht man eine klare Hierarchie. Am häufigsten beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger bei Wahlen zum Bundestag, danach folgen Landtagswahlen, und bei Europawahlen ist die Teilnahmebereitschaft am niedrigsten. Die Beteiligung bei den hier nicht betrachteten Wahlen auf kommunaler Ebene liegt in der Regel zwischen dem Niveau bei Landtags- und Europawahlen, in einigen Fällen aber auch darunter (z.B. Vetter 2009).

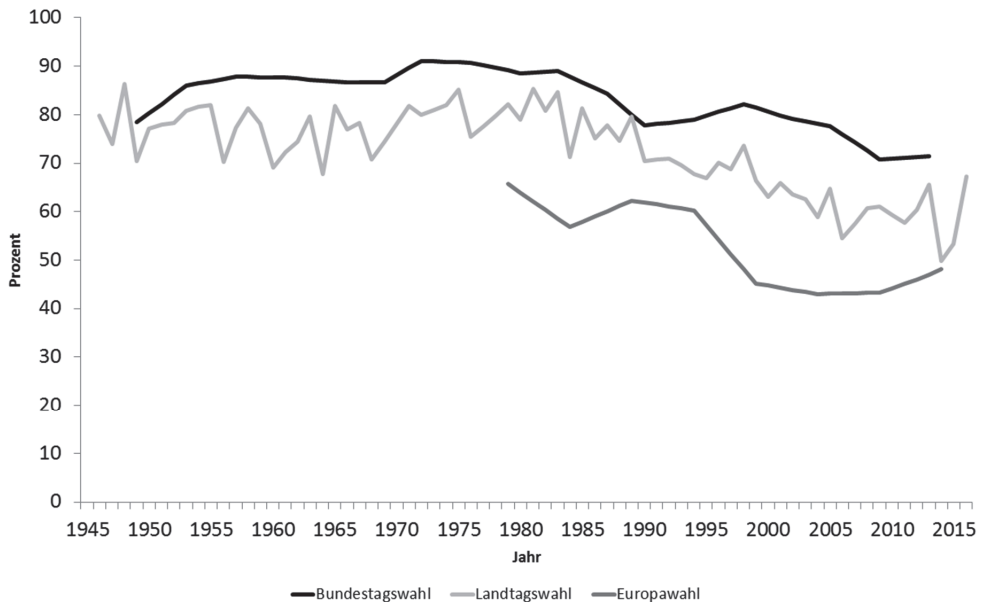
Zwischen der Gründung der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung zeigt sich auf allen Wahlebenen ein höheres Beteiligungsniveau als nach 1990. Mit Ausnahme der ersten Bundestagswahl 1949 (78,5 Prozent) liegt die Wahlbeteiligung bis 1990 im Bund stets über 80 Prozent. Bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 werden sogar Werte über 90 Prozent erreicht, so dass für beide Wahlen von einer fast vollständigen Wahlbeteiligung gesprochen werden kann. Für Landtagswahlen schwanken die Mittelwerte bis 1990 zwischen 70 und 85 Prozent. Bei den seit 1979 durchgeführten Europawahlen ergibt sich bis zur Wiedervereinigung eine Bandbreite zwischen 55 und 65 Prozent.

Seit den 1980er Jahren, insbesondere aber nach 1990, zeigt sich auf allen Ebenen eine Abnahme der Wahlbeteiligung. Diese Entwicklung führte zu der bereits angesprochenen Konjunktur der Wahlbeteiligungsforschung in Deutschland in den 1990er Jahren. Dabei stand vor allem die Frage im Vordergrund, ob es sich bei der Abnahme um eine „Normalisierung“, also eine Anpassung der Wahlbeteiligung in Deutschland an das in vielen anderen westlichen Demokratien übliche Niveau (z.B. Roth 1992), oder ein „Krisensymptom“ der Demokratie der Bundesrepublik handelt, das mit wachsender Politikverdrossenheit und politischer Unzufriedenheit in Zusammenhang steht (z.B. Feist 1992).

Bei Bundestagswahlen variiert das Niveau seit der Wiedervereinigung mit Ausnahme der Bundestagswahl 1998 (82,2 Prozent) zwischen 70 und 80 Prozent. 2009 und 2013 wurden mit 70,8 bzw. 71,5 Prozent die niedrigsten Werte seit Gründung der Bundesrepublik verzeichnet. Wenn man von einigen starken Ausschlägen nach oben und unten absieht, bewegt sich die mittlere Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen seit 1990 zwischen 55 und 70 Prozent. Der Tiefstwert wird 2014 erreicht, als bei den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Mittel nicht einmal mehr jeder zweite Wahlberechtigte zur Wahlurne ging (49,9 Prozent). Für Europawahlen hat sich die Wahlbeteiligung dauerhaft bei unter 50 Prozent eingependelt. Da-

ran kann der leichte Anstieg bei der Wahl 2014 auf 48,1 Prozent nichts ändern, der auch darauf zurückzuführen ist, dass in diesem Jahr in den meisten Bundesländern gleichzeitig Kommunalwahlen stattfanden. Ein weiterer Grund ist im Erfolg der AfD zu sehen, die sich als bisher nicht vorhandene anti-europäische bzw. europaskeptische Alternative im Parteiensystem anbot. Der Wahlerfolg der AfD und die Mobilisierung von Nichtwählern sind auch ein Grund für den in Abbildung 1 zu beobachtenden starken Anstieg der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen im Jahr 2016.

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen, 1946-2016



Quelle: Bundes- und Landeswahlleiter.

Im internationalen Vergleich der Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen liegt Deutschland selbst mit den Werten der Bundestagswahlen 2009 und 2013 immer noch im oberen Drittel (z.B. Blais 2007; Gabriel und Völkl 2008; Steinbrecher und Rattinger 2012: 96ff.). Die Hierarchie des Beteiligungsniveaus über die Ebenen hinweg zeigt sich auch international. Für die Erklärung der Unterschiede zwischen den Wahltypen wurde bereits im Kontext der ersten Europawahl 1979 das Konzept der Haupt- und Nebewahlen entwickelt, welches das höhere Niveau bei Hauptwahlen (in Deutschland: Bundestagswahlen) vor allem durch deren höhere wahrgenommene Wichtigkeit erklärt (z.B. Reif und Schmitt 1980; Schmitt und Reif 2003). Auch die Abnahme der Wahlbeteiligung in den letzten drei Jahrzehnten zeigt sich international (z.B. Blais 2007). Insofern sollten für die Teilnahme an Wahlen neben spezifisch nationalen Faktoren auch internationale bzw. globale Entwicklungen und Prädiktoren von Bedeutung sein.

Da die Untersuchung von Beteiligungsunterschieden zwischen West- und Ostdeutschen einer der Schwerpunkte der deutschen Wahlforschung seit 1990 war, werden in Tabelle 1 die Partizipationsraten bei Bundestagswahlen in Ost und West seit 1990 dargestellt. Die Wahlbeteiligung

in Westdeutschland liegt stets über dem Partizipationsniveau im Osten. Bei der Bundestagswahl 1998 wird in Ost und West jeweils der höchste Wert für die Wahlbeteiligung erreicht. Hier ist zudem der Unterschied mit 2,8 Prozentpunkten am niedrigsten. Ansonsten variiert die Differenz zwischen 4,1 (1990) und 7,9 Prozentpunkten (1994). Bei der Wahl 2013 lag die Beteiligung im Westen 4,8 Prozentpunkte über der Quote im Osten. Diese Unterschiede zeigen sich in der Regel auch auf den anderen Wahlebenen mit Ausnahme der Europawahlen 1994 und 1999 (Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 49ff.).

Tabelle 1: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Ost- und Westdeutschland, 1990-2013

Wahlbeteiligung	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2013
West	78,6	80,5	82,8	80,6	78,5	72,3	72,4
Ost	74,5	72,6	80,0	72,8	74,3	64,8	67,6
Differenz	+4,1	+7,9	+2,8	+7,8	+4,2	+7,5	+4,8

Angaben: Prozentwerte.

Quelle: Bundeswahlleiter.

4. Erklärungsansätze für die Wahlbeteiligung und ihre empirische Relevanz

Forschung zur Wahlbeteiligung findet sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene statt. Da die Verschränkung der Ebenen erhebliche Umsetzungsprobleme mit sich bringt – z.B. Datenverfügbarkeit und -vergleichbarkeit über verschiedene Länder oder Aggregationsebenen hinweg – erfolgt in der Regel eine getrennte analytische Betrachtung. Auch Mehrebenenanalysen sind in diesem Forschungsfeld wenig verbreitet.

Die Forschung zur Wahlbeteiligung auf der Individualebene hat zwei wesentliche Wurzeln. Die Wahlforschung, die sich als erste mit diesem Thema beschäftigte, betrachtet die Wahlbeteiligung als Teil der Wahlentscheidung. Daher werden die aus dem mikro- (Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954; Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1944) und makrosoziologischen (Lipset und Rokkan 1967), sozialpsychologischen (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell u. a. 1960) sowie rationalistischen Ansatz (Downs 1957; Riker und Ordeshook 1968) zur Erklärung von Wahlverhalten bekannten Faktoren für die Analyse der Wahlteilnahme herangezogen. In der Partizipationsforschung als zweiter Wurzel ist die Wahlbeteiligung eine Möglichkeit zur politischen Aktivität unter vielen. Diese Forschungslinie hat mehrere Ansätze hervorgebracht, die politische Partizipation generell erklären wollen und für verschiedene Partizipationsformen mehr oder weniger geeignet sind (z.B. Brady, Verba und Schlozman 1995; Verba, Nie und Kim 1978; Verba, Schlozman und Brady 1995). Hier finden sich neben den in der Wahlbeteiligungsforschung häufig verwendeten Indikatoren des sozioökonomischen Status (Nie, Powell und Prewitt 1969a, 1969b; Verba und Nie 1972: 123ff.) mehrere Kategoriensysteme für die Ordnung der Prädiktoren politischer Beteiligung. Besonders häufig wird die Unterteilung nach Brady, Verba und Schlozman (1995: 271) verwendet, welche die Erklärungsfaktoren für die Nichtbeteiligung mit drei einfachen Schlagworten zusammenfassen: „They can't. They don't want to. Nobody asked.“. Während der erste Satz sich auf Ressourcen und soziodemographische Merkmale bezieht, stellt der zweite eine Verbindung zu den politischen

Einstellungen und der Motivation der Bürger her. Im dritten Satz geht es um Mobilisierung durch soziale Kontakte, Einbindung ins soziale Umfeld sowie politische Kommunikation.

4.1 Soziologische und ressourcenbasierte Erklärungsfaktoren für Wahlbeteiligung

Auf den mikro- (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1944; Berelson, Lazarsfeld und McPhee 1954) und den makrosoziologischen (Lipset und Rokkan 1967) Ansatz im engeren Sinn lässt sich nur eine kleine Zahl von Faktoren zurückführen, die zur Erklärung der Wahlbeteiligung verwendet werden. Dazu gehören Konfession, Berufsstatus oder Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie der Wohnort (Stadt vs. Land). Die Hauptargumente der genannten Arbeiten beziehen sich auf die Bedeutung bestimmter Gruppenzugehörigkeiten bzw. -mitgliedschaften für das Wahlverhalten. Demnach entwickeln Angehörige derselben Gruppe ähnliche oder identische Interessen. Dieser Prozess verstärkt sich, je enger der Kontakt zwischen den Gruppenmitgliedern ist. Zudem entwickelt sich eine Identifikation mit der Gruppe und den von ihr getragenen Normen und Werten. Durch diese Mechanismen entstehen bei den Mitgliedern einer Gruppe ähnliche politische Einstellungen und Präferenzen, die dazu führen, dass eine Partei bevorzugt wird. Da Individuen in der Regel mehreren Gruppen angehören, deren Werte, Normen und politische Präferenzen unterschiedlich sind, müssen die Wahlberechtigten den entstehenden Loyalitätskonflikt, sogenannte *cross pressures* (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1944: 53, 56), lösen. Wahlenthaltung ist eine Möglichkeit dafür. Sie sollte dann mit höherer Wahrscheinlichkeit auftreten, wenn die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gruppen (z.B. Katholiken und Arbeiter) die Wahl verschiedener Parteien nahelegt.

An dieser Stelle zeigt sich eine Diskrepanz zwischen den theoretischen Ansätzen und ihrer empirischen Umsetzung. Da die Gruppenvariablen in der Regel nur getrennt voneinander in die Analysen eingeführt und keine Interaktionen bzw. Effekte gleichzeitiger Mitgliedschaft in verschiedenen Gruppen getestet werden, wird die Wirkung widerstreitender Gruppenzugehörigkeiten auf die Wahlbeteiligung nicht adäquat untersucht. Ausnahmen finden sich in einigen Arbeiten aus den 1990er Jahren. Allerdings werden dort Ergebnisse präsentiert, die nicht den theoretischen Erwartungen entsprechen: Die gleichzeitige Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppen führt in Deutschland nämlich zu höherer Wahlbeteiligung (Caballero 2005; Falter und Schumann 1994: 188ff.; Kleinhenz 1995: 110f.; Renz 1997: 578). Werden die Gruppenmitgliedschaften separat betrachtet, ergeben sich für Deutschland in bivariaten Analysen geringere Wahrscheinlichkeiten zur Wahlteilnahme bei Arbeitern, Personen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, Konfessionslosen bzw. Angehörigen nicht-christlicher Religionen und Personen, die seltener zum Gottesdienst gehen (Elff und Roßteutscher 2016; Lamers und Roßteutscher 2014: 124ff.; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 210ff.). Im internationalen Rahmen können diese Befunde mehrheitlich aber nicht bestätigt werden (Smets und van Ham 2013: 348ff.).

Im Anschluss an die ressourcenbasierten Theorien der Partizipationsforschung (z.B. Brady, Verba und Schlozman 1995; Verba, Nie und Kim 1978; Verba, Schlozman und Brady 1995) wird der Einfluss einer Vielzahl soziodemographischer Eigenschaften auf die Wahlbeteiligung untersucht. Für Deutschland wie im internationalen Bereich eindeutig sind die Ergebnisse für die Bestandteile des sozioökonomischen Status, Bildung und Einkommen (Nie, Powell und Prewitt 1969a, 1969b; Verba und Nie 1972: 123ff.), die in der Regel als separate Prädiktoren

verwendet werden. Bildung dient als kognitive Ressource, die es erleichtert, sich mit Politik und Wahlen auseinanderzusetzen und hilft damit, partizipationsfördernde politische Einstellungen und Wissen über Politik zu entwickeln. Hier zeigt sich ein positiver Effekt: Höher Gebildete nehmen häufiger an Wahlen teil (z.B. Faas 2010; Schäfer 2015: 91ff.; Smets und van Ham 2013; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 287ff.). Allerdings wird in jüngster Zeit darüber gestritten, ob Bildung nicht eher als eine Ersatz- bzw. Proxyvariable für z.B. kognitive Fähigkeiten oder soziale Position zu interpretieren ist und der festgestellte Bildungseffekt eigentlich auf diese Faktoren zurückgeht (z.B. Condon 2015; Persson 2013, 2014). Zudem zeigt sich trotz der Bildungsexpansion und der damit verbundenen kognitiven Mobilisierung (des Zuwachses des durchschnittlichen Bildungsniveaus) in vielen Ländern im Aggregat keine Zunahme der Wahlbeteiligung (Burden 2009; Dalton 2006).

Auch für Einkommen als ökonomische Ressource sind die Ergebnisse über eine Vielzahl von Studien konsistent. Personen mit höherem Einkommen weisen eine höhere Wahlbeteiligung auf (z.B. Schäfer 2015: 91ff.; Schäfer, Schwander und Manow 2016; Smets und van Ham 2013). Mit dem gesunkenen Niveau der Wahlbeteiligung in Deutschland scheinen auch die Beteiligungsunterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen größer geworden zu sein (Schäfer 2015: 91ff.; Schäfer, Schwander und Manow 2016; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 210ff.). In den USA mit ihrer langen Forschungstradition zu den Einflüssen sozioökonomischer Ungleichheit auf Wahlbeteiligung, politische Repräsentation und Entscheidungen ergibt sich eine systematische Verzerrung zugunsten der politisch aktiveren höheren Einkommensgruppen (z.B. Avery 2015; Bartels 2008; Beramendi und Anderson 2008).

Für Alter ist über viele Länder und Wahlen hinweg gemäß dem *start-up-slow-down-Modell* (Verba und Nie 1972: 138ff.) ein kurvilinearer Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung (Smets 2010; Smets und van Ham 2013; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 210ff.) festzustellen: Während Erstwähler bei ihrer ersten Wahl noch euphorisch zu den Wahlurnen kommen, ist die Bereitschaft zur Stimmabgabe mit Mitte 20 am geringsten. Bis zum Alter von etwa 70 Jahren steigt mit jeder Altersgruppe die Wahlbeteiligung, um bei den ältesten Gruppen wegen Vereinsamung, fehlender Mobilität oder Invalidität wieder abzunehmen (z.B. Hobbs, Christakis und Fowler 2014). Das Alter repräsentiert die kumulativen Erfahrungen, die ein Individuum mit Politik gemacht hat. Besonders wichtig scheint die Prägung im Rahmen der politischen Sozialisation zu sein (z.B. Quintelier 2015). Dafür spricht auch die variierende Beteiligungsbereitschaft in unterschiedlichen Geburtskohorten. So ist ein Teil des Rückgangs der Wahlbeteiligung in den letzten Jahrzehnten auf das Nachwachsen von Kohorten mit geringerer Beteiligungseigung zurückzuführen (Blais, Gidengil und Nevitte 2004; Konzelmann, Wagner und Rattinger 2012; Konzelmann, Bergmann und Rattinger 2014: 127ff.; für gegenteilige Befunde zu Osteuropa: Linek und Petrusek 2016).

Wie die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik für Deutschland zeigen, haben sich die ursprünglich bestehenden Beteiligungsunterschiede zwischen Männern und Frauen aufgelöst (Bundeswahlleiter 2014: 93), die vor allem auf unterschiedlichen Rollenzuschreibungen und Ressourcenausstattungen basierten. Ähnliche Befunde ergeben sich für zahlreiche andere Demokratien (Smets und van Ham 2013). Ein allgemeines *gender gap* ist somit für die Wahlbeteiligung nicht mehr vorhanden. Betrachtet man unterschiedliche Altersgruppen, ergibt sich nur noch bei denjenigen, die 70 Jahre und älter sind, ein deutlich höheres Beteiligungsniveau bei Männern. In den jüngeren Altersgruppen sind Frauen grundsätzlich aktiver (Bundeswahlleiter 2014: 93), was auf ihr höheres durchschnittliches Bildungsniveau zurückgeführt wird. Lang-

fristig ist so bei einer Verfestigung der Differenzen mit einem umgekehrten *gender gap* zu rechnen.

Nicht nur in Deutschland gibt es regionale Unterschiede in der Wahlbeteiligung (Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 49ff.), die unter anderem auf Unterschiede in der politischen Sozialisation, der Intensität parteipolitischer Bindungen und der langfristigen Mehrheitsverhältnisse zurückzuführen sind. Während sich die deutsche Wahlforschung vor allem mit den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland auseinandergesetzt hat (z.B. Arzheimer 2016; Maier 2000; Völkl 2007), ist die Wahlbeteiligung in den USA in den Südstaaten deutlich geringer, und auch für andere Länder zeigen sich Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie, wo die Beteiligung geringer ist (Smets und van Ham 2013).

Vor allem in Einwanderungsländern oder Staaten mit größeren nationalen Minderheiten können Migrationshintergrund oder Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit relevante Merkmale zur Erklärung der Wahlbeteiligung sein. Die Unterschiede ergeben sich im Wesentlichen aufgrund der schlechteren Ressourcenausstattung der Minderheiten oder wegen deren systematischer Behinderung oder Benachteiligung (wie im Falle der Schwarzen in den USA bis in die 1960er Jahre). Allerdings sind die Befunde nicht eindeutig (Smets und van Ham 2013). So zeigen sich vor allem bei den *mid-term elections* in den USA immer noch deutlich geringere Wahlbeteiligungsraten bei ethnischen Minderheitengruppen im Vergleich zur weißen Bevölkerungsmehrheit (Fraga 2016), während bei der US-Präsidentschaftswahl 2012 die Wahlbeteiligung der Afroamerikaner erstmals über der der nicht-hispanischen Weißen lag (File 2013). Auch die Ergebnisse für Analysen zum Einfluss des Migrationshintergrunds bieten kein einheitliches Bild, tendenziell zeigt sich aber die erwartete niedrigere Beteiligung bei Migranten (Bird, Saalfeld und Wüst 2011; Wüst 2012).

4.2 Sozialpsychologische und motivationsbezogene Erklärungsfaktoren für Wahlbeteiligung

Das Michigan-Modell der Wahlforschung in seiner rezipierten Form mit Parteiidentifikation, Kandidaten- sowie Sachfragenorientierungen als den drei zentralen Prädiktoren des Wahlverhaltens ist die Basis der sozialpsychologischen Erklärungsfaktoren der Wahlbeteiligung (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell u. a. 1960). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Kongruenz der drei Einstellungen mobilisierende Wirkung hat. Sind weder Parteiidentifikation, noch die beiden kurzfristigen Faktoren vorhanden, sollte die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung geringer sein, da entscheidende Motive für eine Stimmabgabe fehlen. Problematisch ist, wenn die drei Komponenten parteipolitisch unterschiedlich geprägt sind. Bei solchen *attitudinalen cross pressures* ist die Wahlenthaltung eine Option, um mit der entstehenden kognitiven Dissonanz umzugehen. Es liegen nur wenige Analysen vor, die sich auf die drei Komponenten des Michigan-Modells bzw. ihre Wechselwirkungen im Verhältnis zur Wahlbeteiligung konzentrieren (z.B. Caballero 2005; Falter und Schumann 1994; Kleinhenz 1995: 141ff.; Völkl 2007). Stattdessen werden in der Regel die ebenfalls von Campbell und Kollegen eingeführten sogenannten „staatsbürgerlichen Orientierungen“ als zentrale Determinanten der Wahlbeteiligung verwendet (Campbell u. a. 1960): Dazu gehören neben der (Stärke der) Parteiidentifikation das politische Interesse, die (Akzeptanz der) Wahlnorm, das Ausmaß der Demokratiezufriedenheit oder andere politische Zufriedenheitsindikatoren und Effektivitätsüberzeugungen, die

in interne und externe *efficacy* unterteilt werden. All diese politischen Einstellungen mit Ausnahme der Parteiidentifikation lassen sich auch auf die Arbeiten von Almond und Verba (1963) und teilweise auf die von Easton (1965) zurückführen. Die (Stärke der) Parteiidentifikation repräsentiert die affektive Bindung an eine Partei, die für den Gang zur Wahlurne (vor allem zur Wahl dieser Partei) motiviert. Das politische Interesse ist als Indikator für die Aufmerksamkeit einer Person gegenüber Politik und die Bedeutung von Politik anzusehen. Ein hohes Interesse erhöht die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung. Die Wahlnorm repräsentiert Werte und Normen, denen man als guter Staatsbürger folgen sollte. Wird sie bejaht, wirkt sich dies positiv auf die Wahlbeteiligung aus. Demokratiezufriedenheit fungiert als allgemeiner Zufriedenheitsindikator mit dem politischen System und seinen Institutionen: Zufriedene gehen eher zur Wahl. Interne Effektivitätsüberzeugungen bilden ab, ob man sich selbst zutraut, politisch aktiv zu werden und Einfluss auf das politische System zu nehmen, während die externe *efficacy* das Ausmaß der wahrgenommenen Responsivität des politischen Systems und seiner Akteure symbolisiert. Positivere Bewertungen der beiden Effektivitätsaspekte wirken sich positiv auf die Wahlteilnahme aus.

Somit sind zwar alle Einstellungen beteiligungsfördernd, aber die Wahlnorm, das politische Interesse und die Parteiidentifikation wirken in der Regel am stärksten (z.B. Caballero 2005; Falter und Schumann 1994; Lamers und Roßteutscher 2014; Schäfer, Schwander und Manow 2016; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 284ff.; Steinbrecher und Rattinger 2011). Im Gegensatz zu *efficacy* und Demokratiezufriedenheit sind auch die internationalen Befunde konsistent (Smets und van Ham 2013). Hinzu kommt, dass die geschilderten direkten Effekte soziodemographischer Eigenschaften und Ressourcen auf die Wahlbeteiligung verschwinden oder deutlich schwächer werden, wenn politische Einstellungen mit in die Erklärungsmodelle aufgenommen werden. Soziologische und andere Erklärungsfaktoren am Beginn des Kausalitätstrichters (Campbell u. a. 1960) wirken vor allem indirekt auf die Wahlteilnahme, indem sie die Herausbildung partizipationsfördernder Einstellungen unterstützen oder verhindern (z.B. Persönlichkeit, Alter, Bildung und Einkommen; Goerres 2010; Rattinger und Krämer 1995; Schäfer 2010, 2015; Schoen und Steinbrecher 2013; Steinbrecher 2009: 228ff.). Bei den direkten Effekten dominieren daher eindeutig die sozialpsychologischen Einstellungen und Motivationsfaktoren (z.B. Faas 2010; Steinbrecher und Rattinger 2011; Westle, Schübel und Heyder 2013).

In der Literatur zur Erklärung der Wahlbeteiligung finden sich noch weitere motivierende Einstellungen. Zum Beispiel spielt politisches Wissen in internationalen Analysen eine konsistent partizipationsfördernde Rolle (Smets und van Ham 2013). In Analysen zur Wahlbeteiligung in Deutschland wird es allerdings selten als Prädiktor verwendet, wohl wegen des starken Zusammenhangs mit dem politischen Interesse und des häufigen Fehlens geeigneter Indikatoren in den verwendeten Datensätzen (für eine Ausnahme: Johann 2012).

Neben der Demokratiezufriedenheit werden Indikatoren wie die politische Unzufriedenheit oder mangelndes Vertrauen in politische Institutionen, Parteien und Kandidaten verwendet. Für all diese Faktoren ist eine negative Wirkung auf die Wahlbeteiligung zu erwarten. Allerdings liegen international keine konsistenten Befunde vor (Smets und van Ham 2013). Deutsche Analysen zeigen hingegen einige Indizien dafür, dass Unzufriedenheit mit verschiedenen politischen Aspekten zur Wahlenthaltung führt (z.B. Maier 2000; Mühleck 2009: 177ff.; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007). Ein Gegenbeispiel ist allerdings der Wahlerfolg der AfD

seit 2014, der auch auf der Mobilisierung Unzufriedener beruht (z.B. Lewandowsky 2015; Lewandowsky, Giebler und Wagner 2016).

4.3 Rationalistische Erklärungsfaktoren für die Wahlbeteiligung

Der rationalistische Ansatz zur Erklärung politischen Verhaltens bzw. die Theorie rationaler Entscheidung (Downs 1957; Riker und Ordeshook 1968) stellt im Kern auf das Abwägen von Kosten und Nutzen des Wahlaktes durch den Wähler ab. Ist der Nutzen des Ganges zur Wahlurne (z.B. der Sieg der präferierten Partei infolge der eigenen Stimme für diese Partei) größer als die Kosten (z.B. die Sammlung von Informationen und die Wartezeit am Wahllokal), sollte ein rationales Individuum an einer Wahl teilnehmen. Übersteigen die Kosten den Nutzen, sollte daraus Wahlenthaltung resultieren. Diese Annahmen der Theorie rationaler Entscheidung scheinen empirisch nicht haltbar zu sein. Zum einen ist es schwer, Kosten und Nutzen adäquat zu messen. Zum anderen verhalten sich viele Wähler nicht im Einklang mit den Annahmen des Modells: Sie gehen zur Wahl, obwohl die Kosten des Wahlaktes deutlich höher sind als der zu erwartende Nutzen. Daher wird in diesem Zusammenhang vom „Wahlparadox“ gesprochen (Downs 1957). Zur Lösung der beiden Probleme gibt es in der Folge der Ergänzung des Ausgangsmodells um eine expressive Komponente eine Vielzahl an Vorschlägen (z.B. Blais 2000; Caballero 2005; Geys 2006b), die sich in den folgenden Prädiktoren und Ergebnissen niederschlagen. Allerdings ist auf zwei Aspekte hinzuweisen. 1) Durch die Modifikation des Ursprungsmodells ist die Abgrenzung der Prädiktoren zwischen den hier dargestellten Gruppen von Erklärungsfaktoren schwierig. In vielen Fällen werden für die Modellierung von rationalistisch orientierten Hypothesen politische Einstellungen verwendet, die auch dem sozialpsychologischen Ansatz oder motivationsbezogenen Erklärungsfaktoren zugeordnet werden können (z.B. die Wahlnorm oder Entfremdung). 2) Es gibt nur wenige etablierte Konstrukte in diesem Forschungsstrang, so dass es über verschiedene Analysen hinweg große Abweichungen in der Operationalisierung gibt, welche die Vergleichbarkeit der Ergebnisse und Schlussfolgerungen erschweren.

Ein wenig tautologisch mutet die Verwendung der Wahlbeteiligung bei vorangehenden Wahlen als Erklärungsfaktor an. Dieser Faktor bildet den habituellen Charakter des Wählens ab und spiegelt somit Lerneffekte wider, welche bei folgenden Wahlen die Informations- und Teilnahmekosten für den Wahlberechtigten senken. Zudem kann das Verhalten bei der vorherigen Wahl das Fehlen wichtiger anderer Erklärungsfaktoren in multivariaten Analysemodellen kompensieren, wenn man davon ausgeht, dass viele Faktoren über die Zeit stabil sind und somit schon die Beteiligung an der vorangehenden Wahl beeinflusst haben. Empirisch zeigt sich eine hohe Stabilität der Disposition zur Wahlbeteiligung über mehrere Wahlen bzw. längere Zeiträume hinweg (Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 124ff.; Steinbrecher und Rattinger 2011). Dementsprechend ist der konsistente internationale Befund zum positiven Effekt der vorangehenden Wahlbeteiligung wenig überraschend (Faas 2010; Smets und van Ham 2013).

Die Wahrnehmung von Unterschieden zwischen den Parteien oder Kandidaten sollte für die Abwägung von Kosten und Nutzen des Wahlaktes eine wichtige Rolle spielen. Je größer die wahrgenommenen Unterschiede, desto größer der Nutzen und desto wahrscheinlicher die Wahlbeteiligung. Kandidaten- und Parteiendifferenziale erweisen sich zwar als signifikante Prädiktoren der Wahlbeteiligung, werden aber nur selten in empirischen Analysen verwendet

(z.B. Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007). Häufiger werden mit Entfremdung, Indifferenz und Ambivalenz Indikatoren auf Basis der Kandidaten- oder Parteiendifferenziale genutzt. Entfremdung bedeutet, dass man die Angebote der politischen Akteure schlecht bewertet und sich von Parteien und Kandidaten nicht vertreten fühlt. Je größer die Distanz, desto größer die Entfremdung und die Neigung, sich nicht zu beteiligen. Indifferenz oder Ambivalenz beziehen sich auf die wahrgenommenen Unterschiede zwischen Parteien oder Kandidaten: Werden zwei oder mehr Parteien als identisch wahrgenommen, ist man indifferent und es spielt keine Rolle, für wen und ob man eine Stimme abgibt. Während sich bei Smets und van Ham (2013) keine konsistenten Einflüsse für Entfremdung finden lassen, können zahlreiche Arbeiten den negativen Effekt von Entfremdung und Indifferenz auf die Wahlbeteiligung bestätigen (z.B. Aarts, Semetko und Weßels 2005; Behnke 2000; Melton 2009; Thurner und Eymann 2000). Es zeigen sich im Zeitverlauf sogar Indizien für eine Bedeutungszunahme von Entfremdung als Erklärungsfaktor der Wahlbeteiligung in Deutschland (Steinbrecher 2014). Für Ambivalenz bzw. Indifferenz sind die empirischen Ergebnisse hingegen eindeutig: Höhere Ambivalenz führt zu Wahlenthaltung (Smets und van Ham 2013).

Explizite Nutzen- und Kostenüberlegungen der Wahlberechtigten werden ebenfalls als Indikator verwendet. Wenig überraschend sind diejenigen, die dem Wahlakt größeren Nutzen oder geringere Kosten zuschreiben, eher zur Wahlteilnahme bereit. Auch spielt es eine Rolle, ob man sich für die Wahl generell interessiert oder ob es einer Person wichtig ist, wer die Wahl gewinnt (Blais 2000; Smets und van Ham 2013).

Die Bedeutung ökonomischer Wahrnehmungen für das Wahlverhalten ist eine der am meisten untersuchten Fragestellungen in der empirischen Wahlforschung (z.B. Duch und Stevenson 2008; Giebler und Wagner 2015; Lewis-Beck und Stegmaier 2013). Auch wenn hier in der Regel die Wahlentscheidung im Vordergrund steht, lassen sich im Kontext der „Anti-Regierungs-“ bzw. „Belohnungs-/Bestrafungshypothese“, d.h. die Regierung wird für eine schlechte wirtschaftliche Lage an der Wahlurne bestraft (Kramer 1971), Wirkungen auf die Wahlbeteiligung erwarten. Allerdings gibt es sowohl Argumente für einen beteiligungsfördernden als auch -senkenden Effekt von Bewertungen der wirtschaftlichen Lage. Daher zeigen sich keine konsistenten empirischen Ergebnisse (Smets und van Ham 2013). Für die von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise besonders geprägte Bundestagswahl 2009 ergibt sich, dass bessere Bewertungen der allgemeinen oder eigenen wirtschaftlichen Lage positiv auf die Wahlbeteiligung wirken (Faas 2010; Steinbrecher und Rattinger 2011; Westle, Schübel und Heyder 2013).

4.4 Mobilisierungsbezogene Erklärungsfaktoren für die Wahlbeteiligung

Mobilisierung durch das soziale Umfeld, politische Akteure und politische Kommunikation lässt sich unmittelbar mit dem dritten Satz von Brady, Verba und Schlozman (1995) verbinden, die große Bedeutung persönlicher Kommunikation wurde aber bereits von Lazarsfeld und seinen Kollegen herausgearbeitet (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1944). Politische Kommunikation generell stellt den Wahlberechtigten Informationen bereit, die für die Wahlbeteiligungsentscheidung relevant sind und im rationalistischen Sinn helfen, die Kosten der Entscheidungsfindung zu reduzieren. Ein Aspekt, der in den letzten Jahren häufig mit Feldexperimenten untersucht worden ist, ist die Wirkung parteigebundener und neutraler Mobilisierungskampagnen (*get out the vote*). Dabei wird den Wahlberechtigten bewusst gemacht, dass eine Wahl

stattfindet und es beispielsweise zu den staatsbürgerlichen Pflichten gehört, an Wahlen teilzunehmen. Die Ergebnisse zeigen, dass solche Kampagnen besonders erfolgreich im Sinne einer Wahlbeteiligungssteigerung im Aggregat sind, wenn sie von politischen Akteuren initiiert werden (Schäfer 2015: 113ff.; Smets und van Ham 2013). Sie wirken zudem stärker, wenn das Ausmaß des ausgeübten sozialen Drucks höher ist (z.B. Faas und Hohmann 2015; Gerber, Green und Larimer 2008). Allerdings sind nicht alle Gruppen in der Bevölkerung in gleichem Maße empfänglich. Mobilisiert werden wohl vor allem diejenigen, die ohnehin schon eher bereit zur Wahlteilnahme sind, z.B. Personen mit höherem sozioökonomischem Status (Enos, Fowler und Vavreck 2014).

Auch der Konsum von politischer Massenkommunikation hilft bei der Mobilisierung und erhöht die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit (Delli Carpini 2004; Smets und van Ham 2013). Allerdings ist fraglich, ob dies ein genuiner Effekt der Mediennutzung ist, sondern vielmehr vom politischen Interesse oder den sozioökonomischen Ressourcen des Wahlberechtigten abhängt. Dass allerdings massenmedial vermittelte Wahlkampfeignisse wie TV-Debatten zwischen Spitzenkandidaten einen mobilisierenden Effekt auch bei Personen mit einem niedrigen Niveau kognitiver Mobilisierung haben, scheint diesen Einwand zumindest für bestimmte Formen der Massenkommunikation zu widerlegen (Maier und Faas 2011; Maier, Faas und Maier 2013).

Persönliche Kommunikation mit Freunden, Familie und Bekannten wirkt positiv auf die Wahlbeteiligung: Personen, die häufiger mit anderen Wählern über Politik sprechen, gehen eher zur Wahl (Partheymüller und Schmitt-Beck 2013; Schmitt-Beck und Mackenrodt 2010). Dass die Partizipationsneigung im sozialen Umfeld eine Rolle spielt, kann auch gezeigt werden (Lamers und Roßteutscher 2014; Nickerson 2008). Wenn also Nichtwähler vor allem mit Nichtwählern zu tun haben, könnte dies zu einer Demobilisierungsspirale führen (Schäfer 2015: 123ff.).

In eine sehr ähnliche Richtung gehen die Ergebnisse zu den Wirkungen sozialer Integration und Mobilität: Grundsätzlich führt eine bessere Einbindung in Nachbarschaft, Familie und Freundeskreis zu höherer Wahlbeteiligungsbereitschaft, während Vereinzelung, Anonymität, schlechte Einbindung und hohe Mobilität entgegengesetzte Wirkungen haben. Dementsprechend beteiligen sich Alleinlebende bzw. Singles, besonders mobile Menschen und Bewohner von Städten in geringerem Maße an Wahlen (z.B. Caballero 2005; Schäfer 2015; Smets und van Ham 2013; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007).

Die Mitgliedschaft in sozialen Organisationen, soziales Engagement und Sozialkapital (Putnam 1995) werden ebenfalls als wichtig für die Wahlbeteiligung angesehen, weil bei der Arbeit in vorpolitischen Organisationen wie Vereinen und Wohltätigkeitsverbänden Fähigkeiten trainiert und Kenntnisse erworben werden können, die für politische Aktivitäten nützlich sind (Brady, Verba und Schlozman 1995). Während die Ergebnisse von Metaanalysen zu den Effekten dieser Faktoren uneinheitlich sind (Smets und van Ham 2013), zeigen sich für Deutschland und einige andere Länder konsistente positive Wirkungen auf die Wahlbeteiligung (Armingeon 2007; Steinbrecher 2009).

4.5 Kontextuelle Erklärungsfaktoren für die Wahlbeteiligung

Sozioökonomische, politische und institutionelle Kontextfaktoren sind sowohl für Analysen auf der Individual- als auch auf der Aggregatebene bzw. in Mehrebenenanalysen relevant. Un-

ter den politischen und institutionellen Determinanten erweist sich im internationalen Vergleich vor allem die Wahlpflicht als äußerst wichtig. Länder mit Wahlpflicht wie Australien, Belgien oder Luxemburg haben Beteiligungsquoten über 90 Prozent und kommen damit dem Ideal der Teilnahme aller Staatsbürger an Wahlen nahe. Auch in multivariaten Analysen ist die Wahlpflicht immer eine der erklärungsstärksten Variablen (z.B. Flickinger und Studlar 2007; Martinez i Coma 2016; Steinbrecher und Rattinger 2012). Um dem abnehmenden Trend der Wahlbeteiligung entgegenzuwirken, wird immer wieder die Einführung einer Wahlpflicht (auch in Deutschland) diskutiert. Für Deutschland können Klein und Kollegen (2015) auf der Individualebene zeigen, dass eine Wahlpflicht etwa zwei Drittel der Nichtwähler an die Wahlurnen bringen könnte, allerdings würde nur etwas mehr als ein Drittel eine gültige Stimme abgeben.

Unter den politisch-institutionellen Faktoren spielen weiterhin die erwartete Knappheit des Wahlausgangs, die Höhe der Wahlkampfausgaben, das Wahlsystem, die Durchführung gleichzeitiger Wahlen auf anderen Wahlebenen sowie die Strenge der Registrierungsvorschriften eine wichtige Rolle (Cancela und Geys 2016; Geys 2006a). Ein knapperer Wahlausgang, gleichzeitig durchgeführte Wahlen, ein Verhältniswahlsystem (im Vergleich zum Mehrheitswahlsystem) sowie schwächere Registrierungsvorgaben führen zu einer höheren Wahlbeteiligung. Die Mechanismen hinter der Wirkung dieser Faktoren lassen sich im Wesentlichen auf Kosten-Nutzen-Überlegungen zurückführen: Je knapper der vermutete Wahlausgang, desto größer die Wahrscheinlichkeit, die entscheidende Stimme abzugeben und damit auch der Nutzen. Knappheitseffekte lassen sich teilweise auch auf der Individualebene nachweisen (z.B. Kirchgässner und Meyer zu Himmern 1997).

Die Durchführung von Wahlen am selben Tag erhöht ebenfalls den Nutzen und senkt die Kosten für die Wahlberechtigten, führt aber dazu, dass sich Motive der Wähler über die verschiedenen Wahlebenen hinweg überlagern (Völkl u. a. 2008). Der Effekt gleichzeitiger Wahlen ist eindrucksvoll, vor allem wenn Wahlen anderer Ebenen gleichzeitig mit nationalen Parlamentswahlen durchgeführt werden. Beispielsweise lag die Wahlbeteiligung bei der gemeinsam mit der Bundestagswahl 2013 ausgerichteten hessischen Landtagswahl bei 73,2 Prozent. Bei der vorangehenden Landtagswahl im Januar 2009 fanden hingegen nur 61,0 Prozent der hessischen Wahlberechtigten den Weg zur Wahlurne (für die Wirkung in multivariaten Modellen: Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 178ff.).

Verhältniswahlssysteme weisen höhere Wahlbeteiligungsquoten auf als Mehrheitswahlssysteme, weil die Stimmen besser in Mandate umgesetzt werden und weil es nicht die Problematik sicherer Wahlkreise gibt, in denen die Anhänger der Parteien, die keine Chance darauf haben, den Wahlkreis zu gewinnen, keinen Anreiz zur Stimmabgabe haben (z.B. Chen 2011). Allerdings hat das Wahlsystem in den letzten Jahren als Erklärungsfaktor an Bedeutung verloren, vermutlich weil nun mehr Analysen vorliegen, die auch nicht-westliche Länder einbeziehen (Cancela und Geys 2016). Eine umgekehrte Entwicklung zeigt sich für die Wirkung der Registrierungsvorschriften, für die die Erfolgsquote in der Metaanalyse von Cancela und Geys (2016) zunimmt.

Auch einige sozio-ökonomische Kontextfaktoren beeinflussen das Niveau der Wahlbeteiligung. Cancela und Geys (2016) zeigen relativ konsistente Effekte für Bevölkerungsgröße, die Mobilität der Bevölkerung und den Anteil von Minderheiten an der Bevölkerung. Die Wahlbeteiligung liegt im internationalen Vergleich niedriger, wenn ein Land mehr Einwohner hat, mehr Wanderungsbewegungen stattfinden und wenn der Minderheitenanteil größer ist. Nur wenige Studien können belegen, dass sozioökonomische Ungleichheiten die Wahlbeteiligung auf der

Aggregatebene beeinflussen (Cancela und Geys 2016). Dem stehen die relativ eindeutigen Befunde für Deutschland entgegen (Schäfer 2015; Steinbrecher, Huber und Rattinger 2007: 149ff.).

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass ein Großteil der genannten Befunde auf Aggregatdatenanalysen beruht, die in der Regel keine Überlegungen enthalten, wie sich die festgestellten Mechanismen auf der Makroebene auf die individuellen Entscheidungsprozesse der Wählerinnen und Wähler übertragen lassen. Für einige Faktoren wie die Wahlpflicht mag noch relativ leicht eine plausible Verbindung herstellbar sein, für andere wie das Wahlsystem oder gar sozio-ökonomische Faktoren ist es allerdings wesentlich weniger offensichtlich (Caballero 2005: 363f.).

5. Offene Fragen und Kontroversen in der Forschung zur Wahlbeteiligung

Die Forschung zur Wahlbeteiligung hat international und national einen umfassenden und detaillierten Erkenntnisstand hervorgebracht und sich mit einer großen Zahl von Erklärungsfaktoren auseinandergesetzt. Auch wenn die möglichen Einflüsse auf die Wahlbeteiligung mithilfe der Theorien bzw. Ansätze der Wahl- und Partizipationsforschung strukturiert werden können, hat sich weder in der deutschen noch in der internationalen Forschung ein Standardmodell herausgebildet. Vielmehr wird je nach Fragestellung und Forschungsinteresse ein buntes Potpourri an Erklärungsfaktoren verwendet, was den Vergleich und die Verallgemeinerung der Ergebnisse deutlich erschwert. Hinzu kommt, dass die Erforschung kausaler Mechanismen und indirekter Effekte auf die Wahlbeteiligung unterentwickelt ist. Mit dem Kausalitätstrichter von Campbell u. a. (1960) stünde ein einfaches, plausibles und flexibles Modell bereit, das seiner umfassenderen empirischen Umsetzung harret. Gerade angesichts des Trends, sich stärker auf der Wahlbeteiligung kausal weit vorgelagerte Einflüsse wie Persönlichkeit (z.B. Schoen und Steinbrecher 2013; Wang 2014), genetische (z.B. Loewen und Dawes 2012; für einen Überblick: Funk 2013) oder soziodemographische Faktoren und Eigenschaften sowie die Wirkungen sozialer Ungleichheiten (z.B. Schäfer 2015; Schäfer, Schwander und Manow 2016) zu konzentrieren, erscheint ein breiter Fokus auf die direkten und indirekten Effekte (z.B. über die staatsbürgerlichen Orientierungen) angeraten.

Eine weitere zum Großteil noch offene Frage ist, wie der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung in den letzten Jahrzehnten angemessen erklärt werden kann. Zwar stehen hierfür zahlreiche Modelle oder Erklärungsansätze, z.B. zum *dealignment* (z.B. Dalton und Wattenberg 2000), zum Wertewandel (z.B. Inglehart 1977), zur politischen Entfremdung (z.B. Arzheimer 2002; Maier 1999) oder zur kognitiven Mobilisierung (z.B. Dalton 2006), bereit, sie finden allerdings keine oder nur eingeschränkte empirische Bestätigung. Auch zeigt sich keine generelle Verschiebung von der Wahlbeteiligung zu anderen Partizipationsformen wie nach den Annahmen des Wertewandels oder der kognitiven Mobilisierung zu erwarten wäre (z.B. Steinbrecher 2009: 174ff.).

Eine wesentliche Ursache für alle genannten Probleme ist das Fehlen umfassender Daten zu den Prädiktoren der Wahlbeteiligung. In nationalen wie internationalen Wahlstudien liegt der Fokus auf dem Wahlverhalten, so dass in der Regel nur eingeschränkt Platz für die notwendigen Konstrukte und Indikatoren zur Erklärung der Wahlbeteiligung ist. Zudem müssten aufgrund der (zumindest theoretischen) zeitlichen Stabilität der meisten starken Prädiktoren der

Wahlbeteiligung neue Indikatoren entwickelt werden, die helfen, kurzfristige Entscheidungsprozesse und -veränderungen besser abzubilden. Die Überschätzung der Wahlbeteiligung in Umfragen ist ein weiterer Grund. Möglicherweise könnten eine bessere Verschränkung quantitativer und qualitativer Erhebungsmethoden durch Tiefeninterviews mit Nichtwählern oder spezielle Nichtwählerstudien helfen (z.B. Güllner 2013; Neu 2012), einige der Probleme anzugehen. Auch die Analyse der von den Befragten selbst genannten Gründe für ihre Nichtwahl bzw. Wahlbeteiligung scheint ein Weg, der einige ergänzende Erkenntnisse bereitstellen kann (z.B. Eder 2013). Viel Potenzial liegt auch in Wahlkampfpanelstudien, die Informationen darüber liefern können, wie sehr die Entscheidung zur Wahlbeteiligung habituell ist oder doch von kurzfristigen Faktoren und Kalkülen beeinflusst wird (z.B. Schoen u. a. 2017).

Literatur

- Aarts, K., H. A. Semetko und B. Weßels, 2005: Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn. In: Falter, J. W., O. W. Gabriel und B. Weßels (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 595-617.
- Almond, G. A. und S. Verba, 1963: *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Armingeon, K., 2007: Political participation and associational involvement. In: van Deth, J., J. R. Montero und A. Westholm (Hrsg.): *Citizenship and involvement in European democracies. A comparative analysis*. Abingdon: Routledge, 358-383.
- Arzheimer, K., 2002: *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Arzheimer, K., 2016: Wahlverhalten in Ost-West-Perspektive. In: Schoen, H. und B. Weßels (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, 71-90.
- Avery, J. M., 2015: Does who votes matter? Income bias in voter turnout and economic inequality in the American states from 1980 to 2010. In: *Political Behavior* 37: 955-976.
- Bartels, L., 2008: *Unequal democracy. The political economy of the new gilded age*. New York: Russell Sage.
- Behnke, J., 2000: Die Erklärung von Wahlenthaltung mit Hilfe von räumlichen Modellen. In: van Deth, J., H. Rattinger und E. Roller (Hrsg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität. Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*. Opladen: Leske + Budrich, 281-296.
- Beramendi, P. und C. J. Anderson (Hrsg.), 2008: *Income inequality and democratic representation. A comparative perspective*. New York: Russell Sage.
- Berelson, B., P. F. Lazarsfeld und W. N. McPhee, 1954: *Voting. A study of opinion formation in a presidential campaign*. Chicago: Chicago University Press.
- Bird, K., T. Saalfeld und A. Wüst (Hrsg.), 2011: *The political representation of immigrants and minorities. Voters, parties and parliaments in liberal democracies*. London: Routledge.
- Blais, A., 2000: *To vote or not to vote? The merits and limits of rational choice theory*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Blais, A., 2007: Turnout in elections. In: Dalton, R. J. und H.-D. Klingemann (Hrsg.): *The Oxford handbook of political behavior*. Oxford: Oxford University Press, 621-635.
- Blais, A., E. Gidengil und N. Nevitte, 2004: Where does turnout decline come from? In: *European Journal of Political Research* 43: 221-236.
- Brady, H. E., S. Verba und K. L. Schlozman, 1995: Beyond SES: A resource model of political participation. In: *American Political Science Review* 89: 271-294.
- Bundeswahlleiter, 2014: *Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen*. Wiesbaden.
- Burden, B. C., 2009: The dynamic effects of education on voter turnout. In: *Electoral Studies* 28: 540-549.
- Caballero, C., 2005: Nichtwahl. In: Falter, J. W. und H. Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 329-365.
- Campbell, A., P. E. Converse, W. E. Miller und D. E. Stokes, 1960: *The American voter*. New York: Wiley.
- Campbell, A., G. Gurin und W. E. Miller, 1954: *The voter decides*. Evanston: Row, Peterson and Company.
- Cancela, J. und B. Geys, 2016: Explaining voter turnout. A meta-analysis of national and subnational elections. In: *Electoral Studies* 42: 264-271.

- Chen, T., 2011: Uncovering the micro-foundations of turnout and electoral systems. In: *Electoral Studies* 30: 295-308.
- Condon, M., 2015: Voice lessons: Rethinking the relationship between education and political participation. In: *Political Behavior* 37: 819-843.
- Dalton, R. J., 2006: *Citizen politics. Public opinion and political parties in advanced industrial democracies*. 4. Auflage. Washington, DC: CQ Press.
- Dalton, R. J. und M. P. Wattenberg, 2000: *Parties without partisans. Political change in advanced industrial democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Delli Carpini, M. X., 2004: Mediating democratic engagement. The impact of communications on citizens' involvement in political and civic life. In: Kaid, L. L. (Hrsg.): *Handbook of political communication research*. Mahwah: Lawrence Erlbaum, 395-434.
- Downs, A., 1957: *An economic theory of democracy*. New York: Harper.
- Duch, R. und R. Stevenson, 2008: *The economic vote. How political and economic institutions condition election results*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Easton, D., 1965: *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.
- Eder, C., 2013: Warum haben Sie nicht gewählt? Eine Analyse der Bundestagswahl 2009. In: Faas, T., K. Arzheimer, S. Roßteutscher und B. Weßels (Hrsg.): *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS, 17-39.
- Eilfort, M., 1994: *Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn: Schöningh.
- Elff, M. und S. Roßteutscher, 2016: Parteiwahl und Nichtwahl. Zur Rolle sozialer Konfliktlinien. In: Schoen, H. und B. Weßels (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, 45-70.
- Enos, R. D., A. Fowler und L. Vavreck, 2014: Increasing inequality. The effect of GOTV mobilization on the composition of the electorate. In: *Journal of Politics* 76: 273-288.
- Faas, T., 2010: Das fast vergessene Phänomen. Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009. In: Korte, K.-R. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 69-86.
- Faas, T. und D. Hohmann, 2015: Mobilisierung bei Nebenwahlen. Ein Feldexperiment zu Mobilisierungspotenzialen von Wahlkämpfen anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz. Mainz: Universität Mainz.
- Falter, J. W. und S. Schumann, 1994: Der Nichtwähler – das unbekanntes Wesen. In: Klingemann, H.-D. und M. Kaase (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 161-213.
- Feist, U., 1992: Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland. In: Starzacher, K., K. Schacht, B. Friedrich und T. Leif (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund, 40-57.
- Feist, U., 1994: *Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen*. München: Droemer.
- File, T., 2013: The diversifying electorate – voting rates by race and Hispanic origin in 2012 (and other recent elections). *Current population survey reports*, P20-569. Washington, DC: U.S. Census Bureau.
- Flickinger, R. S. und D. T. Studlar, 2007: One Europe, many electorates? Models of turnout in European parliamentary elections after 2004. In: *Comparative Political Studies* 40: 383-404.
- Fraga, B. L., 2016: Candidates or districts? Reevaluating the role of race in voter turnout. In: *American Journal of Political Science* 60: 97-122.
- Funk, C. L., 2013: Genetic foundations of political behavior. In: Huddy, L., D. O. Sears und J. S. Levy (Hrsg.): *The Oxford handbook of political psychology*. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press, 237-261.
- Gabriel, O. W. und K. Völkl, 2008: Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, O. W. und S. Kropp (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 268-298.
- Gerber, A. S., D. P. Green, und C. W. Larimer, 2008: Social pressure and voter turnout. Evidence from a large-scale field experiment. In: *American Political Science Review* 102: 33-48.
- German Longitudinal Election Study (GLES). Verfügbar unter www.gles.eu; Zugriff am 31.8.2016.
- Geys, B., 2006a: Explaining voter turnout. A review of aggregate-level research. In: *Electoral Studies* 25: 637-663.
- Geys, B., 2006b: „Rational“ theories of voter turnout. A review. In: *Political Studies Review* 4: 16-35.
- Giebler, H. und A. Wagner (Hrsg.), 2015: *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*. Baden-Baden: Nomos.
- Goerres, A., 2010: Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. Eine internationale vergleichende Analyse für Europa. In: *Politische Vierteljahresschrift* 51: 275-296.

- Gosnell, H. F., 1927. Getting out the vote. An experiment in the stimulation of voting. Chicago: University of Chicago Press.
- Granberg, D. und S. Holmberg, 1991: Self-reported turnout and voter validation. In: *American Journal of Political Science* 35: 448-459.
- Güllner, M., 2013: Nichtwähler in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hobbs, W. R., N. A. Christakis und J. H. Fowler, 2014: Widowhood effects in voter participation. In: *American Journal of Political Science* 58: 1-16.
- Holbrook, A. L. und J. A. Krosnick, 2010: Social desirability bias in voter turnout reports. Tests using the item count technique. In: *Public Opinion Quarterly* 24: 37-67.
- Holbrook, A. L. und J. A. Krosnick, 2013: A new question sequence to measure voter turnout in telephone surveys. Results of an experiment in the 2006 ANES pilot study. In: *Public Opinion Quarterly* 77: 106-123.
- Inglehart, R. J., 1977: The silent revolution. Changing values and political styles among Western publics. Princeton: Princeton University Press.
- Johann, D., 2012: Direkte und indirekte Effekte spezifischen politischen Wissens auf politische Partizipation. In: *Politische Psychologie* 2 (1): 23-46.
- Jones, E., 2008: Vote overreporting. The statistical and policy implications. In: *Policy Perspectives* 15: 83-98.
- Kirchgässner, G. und A. Meyer zu Himmern, 1997: Expected closeness and turnout. An empirical analysis for the German general elections, 1983-1994. In: *Public Choice* 91: 3-25.
- Klein, M., J. Ballowitz und P. Holderberg, 2015: Forced to be a citizen... Eine empirische Studie zu den Auswirkungen einer gesetzlichen Wahlpflicht bei der Bundestagswahl 2013 auf die Höhe der Wahlbeteiligung, die Zusammensetzung der Wählerschaft und die Stimmenanteile der Parteien. In: *Politische Psychologie* 4: 65-87.
- Kleinhenz, T., 1995: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Konzelmann, L., M. Bergmann und H. Rattinger, 2014: Demographic change in Germany – its political consequences. Baden-Baden: Nomos.
- Konzelmann, L., C. Wagner und H. Rattinger, 2012: Turnout in Germany in the course of time. Life cycle and cohort effects on electoral turnout from 1953 to 2049. In: *Electoral Studies* 31: 250-261.
- Kramer, G., 1971: Short-term fluctuations in U.S. voting behavior, 1896-1964. In: *American Political Science Review* 65: 131-143.
- Lamers, P. und S. Roßteutscher, 2014: Die Wahlbeteiligung. In: Schmitt-Beck, R., H. Rattinger, S. Roßteutscher u.a.: Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013. Baden-Baden: Nomos, 119-132.
- Lane, R. E., 1961: Political life. Why people get involved in politics. 2. Auflage. New York: Free Press of Glencoe.
- Lazarsfeld, P. F., B. Berelson und H. Gaudet, 1944: The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign. New York: Columbia University Press.
- Lewandowsky, M., 2015: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25: 119-134.
- Lewandowsky, M., H. Giebler und A. Wagner, 2016: Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57: 247-275.
- Lewis-Beck, M. und M. Stegmaier, 2013: The VP-function revisited. A survey of the literature on vote and popularity functions after over 40 years. In: *Public Choice* 157: 367-385.
- Linek, L. und I. Petrussek, 2016: What's past is prologue, or is it? Generational effects on voter turnout in post-communist countries, 1990-2013. In: *Electoral Studies* 42: 78-90.
- Lipset, S. M. und S. Rokkan, 1967: Cleavage structures, party systems, and voter alignments. An introduction. In: Lipset, S. M. und S. Rokkan (Hrsg.): Party systems and voter alignments Cross-national perspective. New York: Collier-Macmillan, 1-64.
- Loewen, P. L. und C. T. Dawes, 2012: The heritability of duty and voter turnout. In: *Political Psychology* 33: 363-373.
- Maier, J., 1999: Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen. Opladen: Leske + Budrich.
- Maier, J., 2000: Die zentralen Dimensionen der Politikverdrossenheit und ihre Bedeutung für die Erklärung von Nichtwahl und „Protestwahl“ in der Bundesrepublik Deutschland. In: van Deth, J., H. Rattinger und E. Roller (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Opladen: Leske + Budrich, 227-249.

- Maier, J. und T. Faas, 2011: „Miniature Campaigns“ in comparison. The German televised debates, 2002-09. In: *German Politics* 20: 75-91.
- Maier, J., T. Faas und M. Maier, 2013: Mobilisierung durch Fernsehdebatten. Zum Einfluss des TV-Duells 2009 auf die politische Involvierung und die Partizipationsbereitschaft. In: Weßels, B., H. Schoen und O.W. Gabriel (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS, 79-96.
- Martínez i Coma, F., 2016: Turnout determinants in democracies and in non-democracies. In: *Electoral Studies* 41: 50-59.
- Melton, J. D., 2009: Do parties' ideological positions matter? The effects of alienation and indifference on individuals' turnout decisions. Urbana: University of Illinois at Urbana-Champaign.
- Milbrath, L. W., 1965: *Political participation*. Chicago: Rand McNally.
- Mühleck, K., 2009: *Gerechtigkeit und Wahlverhalten. Gerechtigkeitswahrnehmung und Gerechtigkeitseinstellungen als Motive politischen Handelns*. Baden-Baden: Nomos.
- Neu, V., 2012: „Dann bleib ich mal weg“. Der Mythos der Partei der Nichtwähler. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Nickerson, D. W., 2008: Is voting contagious? Evidence from two field experiments. In: *American Political Science Review* 102: 49-57.
- Nie, N. H., G. B. Powell und K. Prewitt, 1969a: Social structure and political participation. Developmental relationships, part I. In: *American Political Science Review* 63: 361-378.
- Nie, N. H., G. B. Powell und K. Prewitt, 1969b: Social structure and political participation. Developmental relationships, part II. In: *American Political Science Review* 63: 808-832.
- Norris, P., 2002: *Democratic phoenix. Reinventing political activism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Partheymüller, J. und R. Schmitt-Beck, 2013: Eine „soziale Logik“ der Demobilisierung. Einflüsse politischer Gesprächspartner auf Wahlbeteiligung und -enthaltung bei der Bundestagswahl 2009. In: Weßels, B., H. Schoen und O. W. Gabriel (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS, 496-513.
- Persson, M., 2013: Education and political participation. In: *British Journal of Political Science* 45: 689-703.
- Persson, M., 2014: Testing the relationship between education and political participation using the 1970 British cohort study. In: *Political Behavior* 36: 877-897.
- Persson, M. und M. Solevid, 2014: Measuring political participation – Testing social desirability bias in a web-survey experiment. In: *International Journal of Public Opinion Research* 26: 98-112.
- Putnam, R. D., 1995: Tuning in, tuning out. The strange disappearance of social capital in America. In: *PS: Political Science and Politics* 28: 664-683.
- Quintelier, E., 2015: Intergenerational transmission of political participation intention. In: *Acta Politica* 50: 279-296.
- Radtke, G. D., 1972: *Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Meisenheim/G.: Anton Hain.
- Rattinger, H. und J. Krämer, 1995: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Kausalanalyse. In: *Politische Vierteljahresschrift* 36: 267-285.
- Rattinger, H., S. Roßteutscher, R. Schmitt-Beck, B. Weßels, C. Wolf, A. Wagner, H. Giebler, I. Bieber und P. Scherer, 2014: *Vor- und Nachwahl-Querschnitt (GLES 2013)*. Köln: GESIS Datenarchiv, ZA5702 Datentfile Version 2.0.0.
- Reif, K. und H. Schmitt, 1980: Nine second-order national elections – a conceptual framework for the analysis of European election results. In: *European Journal of Political Research* 8: 3-44.
- Renz, T., 1997: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise. Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28: 572-591.
- Riker, W. H. und P. C. Ordeshook, 1968: A theory of the calculus of voting. In: *American Political Science Review* 76: 753-766.
- Rosenstone, S. J. und J. M. Hansen, 1993: *Mobilization, participation, and democracy in America*. New York: Macmillan.
- Roth, D., 1992: Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom. In: Starzacher, K., K. Schacht, B. Friedrich und T. Leif (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln: Bund, 58-68.
- Schäfer, A., 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4: 131-156.
- Schäfer, A., 2015: *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt/M.: Campus.

- Schäfer, A., H. Schwander und P. Manow, 2016: Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler. Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. In: Schoen, H. und B. Weßels (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, 215-244.
- Scharpf, F., 1975: *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*. Kronberg/Ts.: Scriptor.
- Schmitt, H. und K. Reif, 2003: *Der Hauptwahlzyklus und die Ergebnisse von Nebenwahlen. Konzeptuelle und empirische Rekonstruktionen am Beispiel der Europawahlen im Wahlzyklus der Bundesrepublik*. In: Wüst, A. (Hrsg.): *Politbarometer*. Opladen: Leske + Budrich, 239-254.
- Schmitt-Beck, R. und C. Mackenrodt, 2010: Social networks and mass media as mobilizers and demobilizers. A study of turnout at a German local election. In: *Electoral Studies* 29: 392-404.
- Schoen, H., H. Rattinger, M. Preißinger, K. Gavras und M. Steinbrecher, 2017: *Election campaigns and voter decision-making in a multi-party system. The 2009 and 2013 German federal election*. Baden-Baden: Nomos.
- Schoen, H. und M. Steinbrecher, 2013: Beyond total effects. Exploring the interplay of personality and attitudes in affecting turnout in the 2009 German federal election. In: *Political Psychology* 34: 533-552.
- Schoof, P., 1980: *Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Eine politikwissenschaftlich-statistische Aggregatdatenanalyse sozialstruktureller und ökonomischer Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Landtagswahlen zwischen 1972 und 1976*. Frankfurt/M.: Haag und Herchen.
- Sciarini, P. und A. C. Goldberg, 2016: Turnout bias in postelection surveys. Political involvement, survey participation, and vote overreporting. In: *Journal of Survey Statistics and Methodology* 4: 110-137.
- Selb, P. und S. Munzert, 2013: Voter overrepresentation, vote misreporting, and turnout bias in postelection surveys. In: *Electoral Studies* 32: 186-196.
- Sigelman, L., 1982: The nonvoting voter in voting research. In: *American Journal of Political Science* 26: 47-56.
- Silver, B. D., B. A. Anderson und P. R. Abramson, 1986: Who overreports voting? In: *American Political Science Review* 80: 613-624.
- Smets, K., 2010: *A widening generational divide? Explaining trends in the age gap in voter turnout between younger and older citizens*. Florenz: Europäisches Universitätsinstitut.
- Smets, K. und C. van Ham, 2013: The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. In: *Electoral Studies* 32: 344-359.
- Steinbrecher, M., 2009: *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Steinbrecher, M., 2014: Are alienation and indifference the new features of elections? In: Weßels, B., H. Rattinger, S. Roßteutscher und R. Schmitt-Beck (Hrsg.): *Voters on the move or on the run?* Oxford: Oxford University Press, 263-286.
- Steinbrecher, M., S. Huber und H. Rattinger, 2007: *Turnout in Germany. Citizen participation in state, federal, and European elections since 1979*. Baden-Baden: Nomos.
- Steinbrecher, M. und H. Rattinger, 2011: *Die Wahlbeteiligung*. In: Rattinger, H., S. Roßteutscher, B. Weßels u.a.: *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. Baden-Baden: Nomos, 77-90.
- Steinbrecher, M. und H. Rattinger, 2012: Electoral turnout at national and European levels. In: Sanders, D., P. C. Magalhaes und G. Toka (Hrsg.): *Citizens and the European polity. Mass attitudes towards the European and national polities*. Oxford: Oxford University Press, 88-109.
- Steiner, J., 1969: *Bürger und Politik*. Meisenheim/G.: Anton Hain.
- Thurner, P. W. und A. Eymann, 2000: Policy-specific alienation and indifference in the calculus of voting. A simultaneous model of party choice and abstention. In: *Public Choice* 102: 51-77.
- Tingsten, H., 1937: *Political behavior. Studies in election statistics*. London: P.S. King.
- Verba, S. und N. H. Nie, 1972: *Participation in America. Political democracy and social equality*. New York: Harper & Row.
- Verba, S., N. H. Nie und J.-O. Kim, 1978: *Participation and political equality. A seven-nation comparison*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Verba, S., K. L. Scholzman und H. E. Brady, 1995: *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Vetter, A., 2009: Alles nur Timing? Kommunale Wahlbeteiligung im Kontext von Bundestagswahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40: 776-796.
- Völkl, K., 2007: Nichtwahl – die Alternative für parteilich Ungebundene am Wahltag? In: Rattinger, H., O. W. Gabriel und J. W. Falter (Hrsg.): *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 15-36.
- Völkl, K., K.-U. Schnapp, E. Holtmann und O. W. Gabriel (Hrsg.), 2008: *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.

- Wang, C.-H., 2014: Gender differences in the effects of personality traits on voter turnout. In: *Electoral Studies* 34: 167-176.
- Wernicke, I. H., 1976: Die Bedingungen politischer Partizipation. Eine international vergleichende Kontext- und Aggregatdatenanalyse für Großbritannien, Norwegen, Deutschland und Frankreich. Meisenheim/G.: Anton Hain.
- Westle, B., T. Schübel und A. Heyder, 2013: Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen, aber niemand geht hin? In: Weßels, B., H. Schoen und O.W. Gabriel (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS, 496-513.
- Wolfinger, R. E. und S. J. Rosenstone, 1980: *Who votes?* New Haven: Yale University Press.
- Wüst, A. M., 2012: Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009. In: Schmitt-Beck, R. (Hrsg.): *Wählen in Deutschland (Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift)*. Baden-Baden: Nomos, 157-178.
- Zeglovits, E. und S. Kritzinger, 2014: New attempts to reduce overreporting of voter turnout and their effects. In: *International Journal of Public Opinion Research* 26: 224-234.